



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus konsequent bekämpfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Jegliche Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen sind ernsthafte Bedrohungen für unsere Gesellschaft. Sie sind gegenwärtig insbesondere in Form von Rassismus, rechtsmotivierten Gewalttaten, hasserfüllter und hasserzeugender Hetze vor allem gegen Geflüchtete spürbar und wirkungsmächtig.

Der Landtag bekräftigt in Anlehnung an seinen Beschluss vom 2. Juni dieses Jahres (Drucksache 7/101)<sup>1</sup>:

Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen rechter Gewalt, Diskriminierung und Hetze. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansätze und Vorschläge ist es unsere gemeinsame Verantwortung, die Bedingungen für ein gesellschaftliches Klima der Offenheit, des Miteinanders und der Solidarität zu verbessern. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen, die Betroffene rechter Gewalt wurden, schnell Hilfe und Unterstützung erfahren. Die Möglichkeiten der Prävention müssen stärker als bisher in den Fokus genommen werden und entsprechende Projekte und Arbeitsansätze verstetigt und ausgebaut werden.

Der Landtag bekennt sich angesichts der bevorstehenden Haushaltsberatungen dazu, die Arbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus sowie Diskriminierungen und Anfeindungen gegenüber als anders wahrgenommenen Lebensentwürfen noch stärker als bisher zu unterstützen und zu fördern: Zivilgesellschaftliche Initiativen, Bürgerinnen- und Bürgerbündnisse, lokale Geschichtsprojekte, Willkommensnetzwerke, lokale Jugendinitiativen für die Erschließung nichtrechter Erlebnisräume, migrantische Selbstorganisationen und Träger der Bildungs-, Präventions- und Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus sind dabei Partner, deren Arbeit wir stärken wollen

---

<sup>1</sup> „Solidarität mit allen von Rassismus, Hetze, Bedrohung und Gewalt Betroffenen sowie Opfern von politisch motivierter Kriminalität“

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Präventionsprojekte und die Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus sowie die mobile Opferberatung für Opfer rechter Gewalt zu verstetigen, auszubauen und in der Aufstellung bzw. Verhandlung des Haushaltes die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.
- Fortbildungsangebote für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung sowie der Polizei und Justiz zum Umgang mit sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern auszubauen.
- im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung analog der Verfahrensweise im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport für den Bereich Polizei eine Stelle zu schaffen, die sämtliche Bedienstete der Justiz bei Rechtsstreitigkeiten mit den sogenannten Reichsbürger (zivil und strafrechtlich), die infolge der Ausübung ihrer Tätigkeit entstanden sind, zu unterstützen. Darüber hinaus ist zu prüfen, welche Rechtsangelegenheiten vollständig durch die oberste Behörde verfolgt werden können.

## **Begründung**

Zu den zahlreichen Angriffen auf Geflüchtete und ihren Unterkünften, die inzwischen schon eine Art traurige „Normalität“ in Nachrichtenmeldungen geworden sind, müssen erneut erschreckende Vorfälle aufgelistet werden. Ein besonders extremes und menschenverachtendes Beispiel ist der brutale Angriff auf eine Familie in ihrer Privatwohnung in Merseburg, deren einzige Besonderheit sich dadurch ausweist, dass der Mann liberischer Herkunft ist. Dass dabei auch ein fünfjähriges Kind - das Enkelkind seiner Lebensgefährtin - körperlich angegriffen und verletzt wurde, hat viele Menschen in unserem Land fassungslos gemacht. Dabei wurde dieser Angriff nicht etwa von strafrechtlich bekannten Neonazis ausgeführt, sondern von vermeintlich „normalen“ Mitbürgern aus der Mitte der Gesellschaft. Hier zeigt sich, welche hochgefährliche Form die Alltäglichkeit rassistischer Denkweisen und Handlungsmuster in unserer Gesellschaft bereits erreicht hat.

Weitere Ereignisse der jüngsten Zeit zeigen, dass auch Staatsbedienstete Opfer und Ziel rechtsextremer Akteure werden. Das übergriffige und drohende Verhalten sogenannter Reichsbürger gegenüber Richterinnen und Richtern sowie Bediensteten der öffentlichen Verwaltung steht dafür sinnbildlich. Auch sie brauchen unsere Unterstützung, damit alle entsprechenden Vorfälle zur Anzeige gelangen und die Ahndung dieser Formen von Nötigung in jedem Fall möglich wird. Diese Unterstützung ist ein Gebot der Fürsorgepflicht.

Swen Knöchel  
Fraktionsvorsitzender